



Stadt

Region

Züritipp

Abo+

# In Adliswil teilen sich 100 Personen eine Küche

Hilfsorganisationen schlagen Alarm: In den Asyl-Notunterkünften sei der Schutz vor Corona kaum gewährleistet.

Liliane Minor

Publiziert heute um 09:54 Uhr

Aktualisiert vor 2 Stunden



Notunterkunft in Adliswil: Die Bewohner hier haben Angst vor einem Corona-Ausbruch.

Doris Fanconi

Das Leben ist auch in normalen Zeiten nicht einfach in den Notunterkünften für abgewiesene Asylbewerber: Die Menschen leben in Mehrbettzimmern, teilen sich Küchen und Waschräume. Für Lebensmittel, Hygieneartikel und dergleichen erhalten sie 8.50 Franken pro Tag – und dieses Geld müssen sie jeden Tag persönlich im Büro abholen.

Corona hat die Situation der rund 700 Abgewiesenen im Kanton Zürich

noch einmal schwieriger gemacht. «Wir und unsere Kinder haben Hunger», erzählt ein Familienvater, der in der Notunterkunft Adliswil wohnt. «Im Denner, wo wir normalerweise einkaufen, weil es da günstig ist, akzeptieren sie kein Bargeld mehr. Eine Kreditkarte haben wir aber nicht.» Vom Kanton hätten die Bewohner den Rat erhalten, nicht zum Einkaufen zu gehen: «Aber ich muss doch Essen einkaufen.»

### **Sie müssen jeden Tag einkaufen**

Was der Familienvater erzählt, bestätigen mehrere Hilfsorganisationen, die mit Asylsuchenden und abgewiesenen Flüchtlingen arbeiten. Sie üben harsche Kritik am kantonalen Sozialamt – etwa, weil das Essensgeld nach wie vor täglich ausbezahlt werde. «Das zwingt die Betroffenen, jeden Tag einkaufen zu gehen – dabei sollten die Menschen doch jetzt möglichst wenig raus», sagt Lukas Keller von der Organisation Zürich Legal, die abgewiesene Flüchtlinge in rechtlichen Fragen berät.

Die Heilsarmee wollte aus diesem Grund den Bewohnern der Unterkunft in Urdorf heute Dienstag dreissig abgepackte Portionen Gemüserisotto spenden. Die Gerichte waren von einem Take Away für Randständige übrig. Doch die Leiterin der Unterkunft bewilligte die Lieferung aus Sicherheitsgründen nicht, wie Markus Muntwiler, Leiter der Heilsarmee Zentral Zürich erzählt: «Dabei haben die Bewohner viel mehr Kontakt mit anderen Menschen, wenn sie einkaufen müssen.» Lutz Hahn, Pressesprecher der ORS, sieht das anders: «Die Verteilaktion hätte zu einer Menschenansammlung geführt, bei der das Distanzhalten nicht gewährleistet gewesen wäre.»

Die Hilfswerke kritisieren auch die Unterkünfte an sich: «Nähe lässt sich dort nicht vermeiden, die Abstandsregeln sind unmöglich einzuhalten.» In Kempththal, Glattbrugg und Hintereggen etwa schlafen acht bis zehn Personen in einem Raum. Die Küche teilen sich in Adliswil rund 100 Personen, und auch die Waschräume werden gemeinsam benutzt. Besonders schlimm sei die Situation in der unterirdischen Unterkunft von Urdorf, obwohl dort derzeit nur knapp 40 von 80 Plätzen belegt sind, so Keller.

### **Sozialamt: Pandemiekonzept und Sofortmassnahmen**

Das kantonale Sozialamt weist die Kritik der Hilfswerke zurück. In einem Schreiben an den Verein Solinetz, das dieser online gestellt hat, heisst es: «Die mit dem Betrieb der kantonalen Zentren betrauten Organisationen haben Gesundheits- und Pandemiekonzepte.» Noch bevor der Bund die «besondere Lage» ausgerufen habe, seien die Betreiber der Unterkünfte angewiesen worden, diese Konzepte zu aktivieren und Sofortmassnahmen zu treffen.



[Zum Inhalt](#)

Annina Largo, die als Trainerin beim Verein Sportegration zahlreiche Betroffene persönlich kennt, sagt, davon sei wenig zu spüren: «Es gibt zum Beispiel nicht genügend Desinfektionsmittel und Seife.» Mitarbeiter der Firma ORS hätten ihr gesagt, sie erhielten nicht genügend Nachschub – weshalb das Desinfektionsmittel nicht beim Eingang steht, sondern im Büro der Zentrumsleitung.

Ein weiteres Problem sei die mangelhafte Information: «Mehrere Personen haben mir erzählt, sie seien nicht informiert worden. Mancherorts hängen zwar Infoblätter, viele verstehen diese aber nicht.» Andere Betroffene seien völlig verängstigt und verunsichert. Davon berichtet auch Lukas Keller: «Wir erhalten panische Anrufe aus den Zentren.»

### **Furcht vor einem Infektionsherd**

Für Ron Halbright vom Verein National Coalition Building Institute, der sich für Integration und Konfliktlösung einsetzt, ist es nur eine Frage der Zeit, bis es in einer der Unterkünfte zu einem Ausbruch unter den Bewohnern und ihren Betreuern kommt: «Umso wichtiger ist es, jetzt zu handeln» Und er betont: « Wir wollen keinen Schlagabtausch mit dem Kanton, sondern die Krise gemeinsam präventiv angehen.» Auch Lukas Keller schätzt das Risiko als hoch ein: «Die allermeisten der Bewohner sind aufgrund ihrer schlechten Gesundheitsverfassung höchst gefährdet für Infektionskrankheiten.»

Wer könne, versuche deshalb, bei Freunden unterzukommen, erzählt ein anderer Abgewiesener. Das allerdings ist nicht einfach: Wer sich nicht in den Notunterkünften aufhält, der bekommt für diese Tage kein Geld. «Müssen wir die Gesundheit für 8.50 Franken pro Tag opfern?», fragt der Mann.

### **Mario Fehr: «Tun das Bestmögliche»**

Das kantonale Sozialamt gibt auf Anfrage nicht detailliert Auskunft, widerspricht der Darstellung der Hilfswerke aber. Die Belegung werde wenn immer möglich reduziert, derzeit liege sie über alle Zentren gesehen bei 60 Prozent. In allen Unterkünften seien Isolierzimmer eingerichtet worden, schreibt Daniel Winter, Mediensprecher von Sicherheitsdirektor Mario Fehr (SP). Für besonders gefährdete Personen

sei eine separate Unterkunft eröffnet und ein Mahlzeitendienst eingerichtet worden, damit diese nicht mehr einkaufen müssten. Was die Hygiene angeht, sagt Andrea Lübberstedt, Vorsteherin des kantonalen Sozialamts: «In allen Nothilfezentren gibt es genügend Desinfektionsmittel.» Mario Fehr selbst versichert: «Wir tun das Bestmögliche.»

*In einer ersten Version des Artikels stand, dass sich in Kempththal 100 Personen eine Küche teilen. Das ist falsch. Korrekt ist, dass dies in der Notunterkunft in Adliswil der Fall ist.*

---

Dieser Artikel wurde automatisch aus unserem alten Redaktionssystem auf unsere neue Website importiert. Falls Sie auf Darstellungsfehler stossen, bitten wir um Verständnis und einen Hinweis: [community-feedback@tamedia.ch](mailto:community-feedback@tamedia.ch)

## MEHR ZUM THEMA



### 8.50 Franken Nothilfe müssen genügen

Die Diabetes-Erkrankung eines abgewiesenen Asylbewerbers ist kein Grund, ihm die Nothilfe zu erhöhen. Dies entschied das Bundesgericht.

15.03.2019



Abo+

### «Ich darf nicht einmal gratis und freiwillig arbeiten»

Etwa 700 Menschen leben trotz abgewiesenem Asylgesuch im Kanton Zürich – meist unsichtbar. Was das heisst, erzählen Samsom und Diana O.\*

08.02.2020

---

# TagesAnzeiger

[Startseite](#) [E-Paper](#) [Impressum](#) [AGB](#) [Datenschutz](#) [Kontaktformular](#) [Abo abschliessen](#)

▼ [Alle Medien von Tamedia](#)

© 2020 Tamedia. All Rights Reserved